

roter

7/2008



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- VW-Gesetz
- Preise fressen Löhne
- Fritz und die Spenden
- Kampf um Karmann
- Rieseberg-Gedenken
- EU-Verfassung
- DKP in Braunschweig

www.roter-kaefer.de

Nur unsere eigene Kraft sichert die Mitbestimmung bei VW

Die EU-Kommission gibt keine Ruhe im Kampf gegen das VW-Gesetz und SPD-Mann Verheugen, „Kommissar in Auslauf“, macht den Vorreiter. Die Landesregierung hat zwar Aktien gekauft, doch das war notwendig um den 20%-Anteil zu sichern. Eine Erhöhung auf 25% wird nach wie vor von ihr abgelehnt.

Wiedeking versucht sich in Beschwichtigung, indem er Vorstand Winterkorn und die Belegschaft für ihre Leistungen lobt. In der Sache Abschaffung des VW-Gesetzes und in der Frage Stimmrechte in der SE-Holding für VW-Beschäftigte allerdings gibt es nach wie vor keine Fortschritte.

Noch immer stehen Äußerungen und Fragen von Porsche-Vorständen im Raum, die Belegschaft soll arbeiten (und nicht mitbestimmen!) und warum VW ein eigenes Achswerk braucht. Das bedeutet Alarmstufe für das Werk Braunschweig. Die aktuelle Vergabepaxis (nur Teilumfänge für den Dämpfer) und die Schwierigkeiten bei der Vergabe des Modularen Querbaukastens (MQB), von dem 80% der Braunschweiger Arbeitsplätze abhängen, müssen Sorgen schüren. Nun kann das sicher nicht nur dem negativen Porsche-Einfluss zugeschrieben werden. Hier zeigt sich ein-

mal mehr, dass die Zusagen aus den Tarifrunden dem Unternehmen mit einem Mal zu teuer werden. Und bei der Frage Wirtschaftlichkeit und Profit, da sind die Interessen von Porsche, Piech, Winterkorn und Landesregierung so unterschiedlich nicht!

Das gilt auch für die Frage der erweiterten Mitbestimmung bei VW. Eine engagierte Interessenvertretung mit einer hochorganisierten und kampfbereiten Belegschaft hinter sich, die sich soweit in Unternehmenspolitik einmischt, ist durchaus nicht bequem für das Management. Wenn es gelingt, Wirtschaftlichkeit und Beschäftigungssicherung zu gleichrangigen Zielen zu erklären und auch durchzu-

setzen, ist das eben nicht gerade billig! Und wenn es darum geht, die Schließung von Standorten zu verhindern, zuletzt in Brüssel, vorher bereits in Südafrika und Brasilien, dann ist das auch nicht immer gut für den Profit. Deshalb stößt die Mitbestimmung auch bei den anderen Aktionären nicht unbedingt auf Gegenliebe.

Deshalb können Bündnisse mit Kapitalvertretern nötig und sinnvoll, aber immer nur vorübergehender Natur sein.

Für die Auseinandersetzung mit der EU und Porsche kann dies nur bedeuten, weiter auf Widerstand zu setzen. Jeder, der die Mehrheit an Volkswagen übernehmen will, muss wissen: Hier

ist eine selbstbewusste Belegschaft, die weiß was ihre Mitbestimmungsrechte wert sind und die bereit ist, sie mit allen Mitteln zu verteidigen. Unser Konzernbetriebsratsvorsitzender formulierte „einen Weltkonzern kann man nur mit – nicht gegen eine Belegschaft führen“. Der nächste Anlass ein weiteres Zeichen in dieser Richtung zu setzen, wäre die Aufsichtsratssitzung am 15.7.08.

Motto: „Wer unsere Rechte beschneiden will, der wird sich an uns verschlucken“ und „Wir sind der Igel im Hals von Porsche!“



Preise fressen Löhne

Mit dem Satz »Der Aufschwung kommt bei den Menschen an« glänzte die Bundeskanzlerin im Dezember 2007. Ein halbes Jahr später haben sie und die übrigen Bundesdeutschen es amtlich: Die Inflation frisst die Lohnzuwächse dort, wo es welche gab, auf. Im Schnitt ist alles um gut drei Prozent teurer geworden. Besonders teuer sind aber die täglichen Ausgaben geworden – die Fahrt zur Arbeit, Heizung, Lebensmittel. Diese Preissteigerungen sind für die meisten Menschen besonders bitter. Und für die Millionen Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter, Minijobber, Scheinselbständige, deren steigende Zahl in jeder Erwerbstätigenstatistik gern als Beleg für den Erfolg der »Agenda 2010« angeführt wird, sind sie eine Katastrophe. Von den Arbeitslosen gar nicht erst zu reden.

Finanzspekulant, der Agrosprit-Boom, internationale Ölkonzerne und große Energieunternehmen sind die hauptsächlichen Preistreiber. Nach Expertenmeinung ist der hohe Ölpreis zu ungefähr einem Drittel oder sogar mehr durch Spekulationen verursacht. Der US-Präsidentschaftskandidat Obama will sie deshalb eindämmen und die Aufsicht bei weltweiten Ölgeschäften verbessern. Dafür muss sich auch die Bundesregierung einsetzen! Spekulation und Finanzmärkte müssen endlich unter Kontrolle gebracht werden!

Quelle: Flugblatt Gewerkschaft verdi



*) Wolfgang Porsche, Aufsichtsrats-Vorsitzender der Porsche Holding SE, im Manager-Magazin

Karikatur Zingerl



Fritz zur Porsche- Holding und der Rolle der IGM

Die Diskussionen um die Frage der Mitbestimmung in der Porsche-Holding SE sind ehrlich gesagt ziemlich schwierig. Einmal ist das saukompliziert mit den ganzen rechtlichen Sachen, da muss man Experte sein. Selbst der Betriebsrat hat sich ja den Kollegen Kilian geholt, der das immer erklären muss. Aber es gibt auch von den Kolleginnen und Kollegen ein paar ganz einfache Fragen, auf die man aber keine Antwort kriegt von unserer IGM. „Wir sind doch alle Metaller, da müssten doch alle das gleiche Interesse daran haben, dass alle Belegschaften gleichberechtigt vertre-

ten sind“, meint Thomas. „Na ja“ sag ich, „die Kollegen von Porsche haben vielleicht Angst, dass sie dann in einer hoffnungslosen Minderheit sind.“ „Aber wenn der Vertrag doch gar nicht nötig war und schlecht ist, wie ein Experte der IGM sagte, warum greift da nicht der IGM-Vorstand ein?“ fragt Paule. „Die Kollegin, die bei der Verhandlung dabei war, wurde überstimmt“ antworte ich. Darauf Elke: „Alle Beteiligten sitzen im erweiterten Vorstand. Sprechen die nicht miteinander, oder geht es da auch um Machtspielen?“ „Und wenn der Huber jetzt Porsche auffordert, die Angriffe auf VW und die Mitbestimmung zu unterlassen, hat der als ehemaliger Stuttgarter Bezirksleiter nicht gewusst, was da vor geht?“ „Die IGM hat ja jetzt Lehren aus dem Fall gezogen. Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde beschlossen, dass der Vorstand Mindeststandards für Mitbestimmungsvereinbarungen erarbeitet und die vor neu-

en Vereinbarungen beraten muss!“ versuche ich zu beschwichtigen. „Ich sage Dir, die Rolle der IGM bei solchen Sachen, die stelle ich mir anders vor!“ beharrt Franz. Ganz Unrecht haben die Kollegen nicht. Zwar merken wir selbst wie schwierig es manchmal ist, standortübergreifende Einigkeit zu erzielen. Und Solidarität über Konzerngrenzen hinweg ist sicher noch schwieriger. Aber genau das ist es, was wir brauchen: Bündelung der Interessen auf Branchenebene, manchmal auch noch darüber hinaus und dann gemeinsames Handeln organisieren. Das ist es, was die Beschäftigten von ihrer Gewerkschaft erwarten, meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Karmann: Verbrannte Erde?

Seit Monaten kämpfen die Beschäftigten von Karmann in Osnabrück und Rheine um ihre Arbeitsplätze. In mehreren Entlassungswellen in den vergangenen fünf Jahren hatte das Traditionsunternehmen die Beschäftigtenzahl in Osnabrück und Rheine von 9000 auf etwa 4500 halbiert. Zuletzt hatte das Management gedroht, den Gesamtfahrzeugbau in 2009 einzustellen, falls bis zum 1. Juli dieses Jahres kein neuer Auftrag in diesem Bereich gewonnen würde. Im Stammwerk Osnabrück hätte das die weitere Entlassung von 800, im nordrhein-westfälischen Rheine von 900 Beschäftigten zur Folge.

Dagegen haben die Karmann-KollegInnen im Juni mit vielfältigen Aktionen und einem Solizelt vor dem Karmann-Tor neuen Druck aufgemacht. Erster Erfolg: die Geschäftsleitung hat die Galgenfrist, das Aus der Sparte Gesamtfahrzeugbau bis 1. Juli beschließen zu wollen, zumindest aufgeschoben. Dafür hat sie nun aber auch den Betriebsmittelbau in Frage gestellt. Ob die anderen Bereiche des Unternehmens - die technische Entwicklung und die Herstellung von Dachsystemen - dann aber noch überlebensfähig sind, wird von vielen Beschäftigten bezweifelt.

Neuerdings machen Medienberichte die Runde, wonach die drei Eigentümerfamilien damit liebäugeln, die notleidende Sparte Fahrzeugbau oder sogar das ganze Unternehmen zu verkaufen. Ob es den Karmann-Eignern mit dem Verkauf wie behauptet um die »Zukunftssicherung des Unternehmens« geht, ist zweifelhaft.

Dabei ist Fakt, dass seit vielen Jahrzehnten ein erheblicher Teil der Gewinne an die Eigentümer-Familien gegangen ist. Ein Teil dieses Reichtums muss für innovative Lösungen und Konzepte verwendet werden um möglichst viele Arbeitsplätze bei Karmann zu erhalten und für die Zukunft abzusichern.

Aber: Über die Arbeitsplätze, die bei Karmann in Gefahr sind, wird nicht allein bei Karmann entschieden. Als einzelne Belegschaft ist der Kampf gegen Konzernentscheidungen kaum zu gewinnen. Nötig wäre die Zusammenführung dieser Kämpfe zu einer gesellschaftlichen Bewegung für eine andere, soziale Wirtschaftspolitik. Und dabei wären zwei Punkte zentral:

Radikale Arbeitszeitverkürzung, um die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen. Der volle Lohnausgleich ist aus den Milliardenengewinnen der Konzerne und aus der

Steigerung der Produktivität zu finanzieren; Einschränkung und Überwindung der Macht der Monopolherren - beginnend mit einem Verbot von Massenentlassungen.

Dann wären auch Lösungen für die Arbeitsplätze bei Karmann möglich. Die Politik müsste dafür die Rahmenbedingungen schaffen - hier ist die Landesregierung in der Pflicht. Die Mittel für ein solches Umsteuern wären vorhanden - wenn sich weder die Karmann-Eigentümer aus der Verantwortung stehlen würden noch die Konzerne! Doch moralische Appelle werden nicht reichen, politischer Druck ist notwendig. Denn Kapital kennt weder Vaterland noch Verantwortung. Der Kompass für seine Entscheidungen ist und bleibt der Profit. Zur Durchsetzung der Gleichrangigkeit von Beschäftigung und Wirtschaftlichkeit hilft nur Gegenmacht!

Interessante Internetseiten:

www.dkp.de

www.unser-braunschweig.de/



Karmänner in Aktion vor dem niedersächsischen Landtag

75 Jahre Riesebergmorde: Erinnern, um nicht wieder den rechten Demagogen auf den Leim zu gehen



Am 4. Juli 1933 wurden in Rieseberg 10 Gewerkschafter, (bis auf einen alles Mitglieder der KPD) und 1 Student von den Nazis ermordet. Vorwand war der Tod des SS-Mannes Landmann, der in Wirklichkeit von den eigenen Leuten erschossen wurde. Bereits seit dem 30.1.1933 hatte sich der Terror gegen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten unermesslich gesteigert. Das Braunschweiger Volksfreundehaus und die AOK wurden zu Folterhöhlen der SA und der SS.

Zum 75. Jahrestag der Morde wurden vom DGB an allen 4 Stationen Gedenkreden organisiert. Beginn war das Heinrich Jasper Denkmal, an dem der SPD-Fraktionsvorsitzende M. Pesditschek sprach. Erstmals wurde auch das Grab von August Merges, des Präsidenten der „Sozialistischen Republik Braunschweig“, als Gedenkort einbe-

zogen. David Jansen von der ARUG stellte einen ausführlichen Lebenslauf vor. August Merges, der bereits gegen den ersten Weltkrieg agitiert hatte und einer der Führer der Novemberrevolution in Braunschweig vor 90 Jahren war, schrieb 1933 in einem Flugblatt: „Hitler bedeutet Krieg und Untergang!“ August Merges starb am 6. März 1945 an den Folgen der Misshandlungen durch die Gestapo. Stefan Hölzer von der VVN übernahm die Vorstellung der 10 Ermordeten an den Gräbern auf dem Hauptfriedhof. Am Relief der Gedenkstätte Rieseberg zog Detlef Ahting, verdi-Geschäftsführer, Lehren für heute. Gleiche Bildungschancen und soziale Rechte für alle seien eine wichtige Voraussetzung, den heutigen Nazis den Boden zu entziehen. Den musikalischen Rahmen gestalteten Jacqueline Treichler und Burkhard Bauche.

Die DKP in Braunschweig:

„Euch gibt's noch“, werden wir auch 18 Jahre nach der sog. Wende immer noch gefragt. Ja, auch nach dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa haben sich die Kommunistinnen und Kommunisten nicht aus der Politik verabschiedet. Denn die Bekämpfung der sozialen Ungerechtigkeiten, die Beseitigung der Ursachen von Ausbeutung, Umweltzerstörung und Krieg steht aktueller denn je auf der Tagesordnung. Die Überwindung des Kapitalismus und die Erkämpfung der Alternative, die

für uns Sozialismus heißt, ist notwendig. Die KommunistInnen in Braunschweig sind nicht nur in ihren zwei Gruppen, der Stadt- und der Betriebsgruppe aktiv, sondern auch in Gewerkschaften, Betriebsräten, Elternvertretungen und Bürgerinitiativen. Wir setzen uns für gemeinsames Handeln der linken Kräfte ein.

Gäste sind bei unseren monatlichen Mitgliederversammlungen herzlich willkommen!

Urlaub, endlich Urlaub

Denjenigen, die im Urlaub arbeiten, garantiert das Management hoffentlich eine ordentliche Verpflegung und vernünftige Arbeitsbedingungen! Allen anderen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir, egal ob zu Hause, in weiter Ferne oder irgendwo in Europa, warmes Wetter und die notwendige Erholung!

Die Freude über den Wegfall des lästigen Geldwechsels und der Grenzformalitäten in der EU sind verständlich. Wir sollten mit unseren Nachbarn aber auch darüber sprechen, wie ein sozial gerechtes, ein friedliches Europa auf den Weg gebracht werden kann! Denn das Nein der Franzosen und Niederländer vor 3 Jahren und das der Iren jetzt, kommt nicht von ungefähr. Für die Arbeiter und Angestellten ist es eher ein Europa der sozialen Kälte. Unternehmerische und wirtschaftliche Freiheiten werden über die sozialen Rechte der Beschäftigten gestellt.

Als Beispiele seien genannt: die Klage gegen das VW-Gesetz; das Vergaberecht, das öffentliche Arbeitgeber daran hindert, auf der Einhaltung von Tarifverträgen zu bestehen; die Dienstleistungsrichtlinie, die verbietet, dass Gewerkschaften dafür streiken dürfen, dass ausländische Arbeiter den ortsüblichen Tariflohn erhalten; die Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz und die Mindeststandards für Leiharbeiter, die jeder Staat absenken kann. Das unselige Aufrüstungsgebot und die Militarisierung nicht zu vergessen! Wahrscheinlich sind das die Gründe, warum im Rest der EU die Bevölkerung gar nicht erst gefragt wurde!

